

Adenauers Verhältnis zu Polen und seiner Bevölkerung*

Von Krzysztof Ruchniewicz

In den Gesprächen Helmut Kohls mit Vertretern der neuen polnischen Regierung, die im Sommer und Herbst 1989 in Bonn stattfanden, spielte wiederholt die Person des ersten Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer und dessen Politik gegenüber Polen eine Rolle. Kanzler Kohl bezeichnete sich als »Verwirklicher« der Polenpolitik seines großen Vorgängers.¹ Er berief sich dabei auf die erste Regierungserklärung Adenauers vom 20. September 1949, in der Adenauer – so zumindest Kohl – die Aussöhnung mit Israel sowie den ehemaligen Kriegsgegnern, insbesondere Frankreich und Polen ankündigte. Doch wer die Regierungserklärung nachliest, dürfte ziemlich enttäuscht sein, besonders wenn er mit der Entwicklung des deutsch-polnischen Dialogs im vergangenen Jahrzehnt vertraut ist. Tatsächlich befasste sich Adenauer darin nur am Rande mit deutsch-polnischen Themen: Er protestierte gegen die seiner Meinung nach unrechtmäßige Annexion der Gebiete östlich von Oder und Neiße sowie die »Austreibung« der deutschen Bevölkerung von dort; abschließend stellte er fest, dass »wir durchaus bereit (sind), mit unseren östlichen Nachbarn, insbesondere Sowjet-Russland und mit Polen, in Frieden zu leben«.² Bereitschaft zu einer Verständigung mit Polen, das noch kurz zuvor unter der Nazi Herrschaft gelitten hatte, war in diesen Worten nur schwer zu erkennen. Das Problem der Verantwortung NS-Deutschlands und seiner Bürger für die Verbrechen an Polen tauchte überhaupt nicht auf. Wenn wir also der Überzeugung sind, dass die Bewältigung der Vergangenheit Grundvoraussetzung für den Aufbau von etwas Neuem ist, so müssen wir feststellen, dass dieser Akzent im ersten offiziellen Auftritt Adenauers als Kanzler fehlte. Dies konnte in der polnischen Gesellschaft nur eine feindliche oder zumindest zutiefst skeptische Reaktion hervorzurufen, und zwar keineswegs nur bei dem Teil, der der neuen, kommunistischen Regierung nahe stand.

* Ins Deutsche übersetzt von Thorsten Möllenbeck.

1 Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Fraktionsvorsitzenden des Bürgerkomitees »Solidarnosc«, Geremek, Bonn, 7. Juli 1989, in: Hanns Jürgen KÜSTERS/Daniel HOFMANN (Bearb.), *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzlers 1989/90*, München 1989, S. 240; ferner: Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft »Solidarnosc«, Walesa, Bonn, 7. September 1989, EBD. S. 399.

2 Regierungserklärung von Bundeskanzler K. Adenauer vor dem 1. Deutschen Bundestag, Bonn, 20. September 1949 in: Hans-Adolf JACOBSEN/Mieczysław TOMALA (Hg.), *Bonn–Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation*, Köln 1992, S. 68f.

Offensichtlich versuchte Kanzler Kohl, in einem Augenblick, der sowohl für die deutsche Nachkriegsgeschichte, als auch für Mitteleuropa einen fundamentalen Wandel bedeutete, eine gewisse Kontinuität zwischen der Polenpolitik seiner Regierung und der Regierung Adenauers herzustellen. Dies ist leicht nachvollziehbar: Adenauer war ein Politiker von Format, eine charismatische Persönlichkeit, er legte die Grundlagen für die heutige Stellung der Bundesrepublik und ihre politische Westorientierung. Daher drängt sich die Vermutung geradezu auf, dass seine Regierungszeit auch für die Ost- bzw. Polenpolitik grundlegende Bedeutung gehabt haben muss – wenn auch nicht so sehr in konkreten Schritten, denn hier fehlt es an messbaren Erfolgen, so aber doch bei der Skizzierung von Grundsätzen und Perspektiven der Beziehungen zu Polen. Um so mehr stellt sich die Frage, welche Einstellung Kanzler Adenauer persönlich zu Polen und den Polen hatte, was seine Meinung zur Problematik der Aufnahme von Beziehungen zu Polen war und welchen Platz Polen in seinen Konzepten zu einem vereinigten Europas einnahm. Und schließlich lässt sich darüber nachdenken, ob Adenauer tatsächlich als Pionier der deutsch-polnischen Aussöhnung betrachtet werden kann – wie Kohl und jüngst auch einige polnische Publizisten, die sich mit internationalen Beziehungen beschäftigten, ihn zu beschreiben versuchten. Dieses Thema bildet – neben dem Problem der so genannten Oder-Neiße-Linie – in historischen Studien zu Adenauer und seiner Zeit jedoch nur eine Marginalie. Es gibt zu diesem Thema übrigens nicht viel Quellenmaterial, insbesondere nur wenige Äußerungen von Adenauer selbst. Am umfassendsten hat es bisher Dieter Bingen in seiner Arbeit über die bundesdeutsche Polenpolitik in den Jahren 1949 und 1991 behandelt.³

Über Adenauers Haltung zu Polen in seinen ersten Lebensjahrzehnten wissen wir nicht viel. Er wurde 1876 in Köln geboren, stammte aus einer Familie der Mittelschicht und wurde katholisch erzogen. Eventuell hat die Sympathie

3 Die Zahl der Studien ist so zahlreich, dass ich mich hier auf einige wenige Hinweise beschränken muß. Über Adenauers Verhältnis zu Polen schrieben u.a. Dieter BINGEN, *Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla 1949–1991*, Kraków 1997; Hans Peter SCHWARZ, *Adenauer*. Bd. 1, *Der Aufstieg: 1876–1952*, Bd. 2, *Der Staatsmann: 1952–1967*, Stuttgart 1991; Hansjakob STEHLE, *Nachbar Polen*. Frankfurt 1968; Günter BUCHSTAB, *Adenauer und Polen* (Manuskript eines Rundfunkbeitrags von 1988); Axel FROHN, *Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1996, 4, S. 485–527; Engelbert HOMMEL, *Polnisch-deutsche Beziehungen in der Ära Adenauer: eine Tabula rasa?*, in: *Eichholz Brief. Zeitschrift zur politischen Bildung*, 1996, Nr. 2, S. 32–40; Christoph KLESSMANN, *Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1955–1961*, in: *Adenauer und die deutsche Frage*, hg. von Josef FOSCHEPOTH, Göttingen 1988, S. 61–79; Hans Peter SCHWARZ, *Adenauer und Polen*, in: *Konrad Adenauer – Niemiec i Europejczyk*, Warszawa 1996, S. 9–21; DERS., *Vortasten nach Warschau*, in: *Politische Meinung* 326 (1997), S. 87–95; Hansjakob STEHLE, *Adenauer, Polen und die Deutsche Frage*, in: *Adenauer und die deutsche Frage*, S. 80–99.

der Bevölkerung Westdeutschlands, der rheinischen Provinzen, der Pfalz und Badens für das Freiheitsstreben der Polen im 19. Jahrhundert einen gewissen Einfluss auf ihn ausgeübt. Womöglich nahm er die Polen auch als überzeugte Katholiken wahr, die während des Kulturkampfes immer wieder ihre Verbundenheit mit ihrer Konfession demonstrierten. Hier ist daran zu erinnern, dass die Katholiken in Preußen eine konfessionelle Minderheit waren, was Adenauers Sympathie für die Polen vielleicht noch verstärkte.

Adenauers Karriere in der öffentlichen Verwaltung begann in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts. Die Erfahrung der Schützengräben des Ersten Weltkriegs blieb ihm aus gesundheitlichen Gründen erspart. In den zwanziger Jahren führte er Gespräche mit Mitarbeitern des polnischen Konsulates in Köln, u.a. über die Wirtschaftsbeziehungen mit Polen.⁴ Protokolle über eines dieser Gespräche, das im Februar 1923 stattfand, sind erhalten geblieben: Es ging darin um die damals angespannten deutsch-französischen Beziehungen, die für die Stadt Köln aufgrund ihrer geographischen Lage besonders wichtig waren, sowie um eine eventuelle polnische Vermittlung im Konflikt um das Ruhrgebiet. Wir verfügen über zwei Berichte über dieses Gespräch; einer stammt vom polnischen Konsul in Köln, Eugeniusz Rozwadowski⁵, der andere von Adenauer selbst.⁶ Adenauer gab darin seinen Befürchtungen über die

4 Das Konsulat der Republik Polen, zunächst geleitet von Konsul Heliodor Sztark, wurde im Dezember 1919 auf dem Grundstück der ehemaligen Polnischen Mission eingerichtet, die zuvor wahrscheinlich mit der Vertretung des polnischen Regentschaftsrates in Berlin zusammengearbeitet hatte und nicht durch eine polnische Regierung autorisiert war. Das Konsulat beschäftigte sich u.a. mit Staatsangehörigkeitsangelegenheiten, der Optionsfrage und auch mit der Umsiedlung von Polen aus Reichsgebieten, die vorübergehend von den Entente-Staaten besetzt waren (Rheinland, Westfalen). Vom 1. November 1922 bis 1. April 1928 leitete Eugeniusz Rozwadowski das Konsulat, anschließend Sylwester Gruszka. Im April/Mai 1928 wurde die Einrichtung nach Frankfurt a.M. verlegt und in ein Generalkonsulat umgewandelt. Ein Teil des Personals blieb jedoch in Köln, wo ab dem 1. April 1930 eine Außenstelle des Konsulats arbeitete. Weitere Informationen finden sich in der Einführung zum Inventar der Akten polnischer Konsulate in Deutschland, *Inwentarz akt konsulatów polskich w Niemczech 1918–1939*, opr. przez Edwarda Kołodzieja, Opole 1983

5 Es ist nur eine Abschrift dieses Dokuments in deutscher Sprache erhalten geblieben, die im Archiv des DDR-Außenministeriums aufbewahrt wurde. Sie befindet sich jetzt im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Botschaft Warschau, Politische Abteilung, Sign. A 3751). Das polnische Außenministerium hatte sie am 25. Juni 1957 auf Bitten der DDR-Botschaft in Warschau übersandt, da man im Zusammenhang mit den bevorstehenden Bundestagswahlen belastendes Material über Adenauer suchte. Zu den näheren Umständen siehe Aktennotiz über die Unterredung des Gen. Lungenheim mit Botschafter Katz-Suchy am 19. Juni 1957, MfAA der DDR, Botschaft Warschau, Politische Abteilung, Sign. A 3751. Versuche, dieses Dokument im Archiv des polnischen Außenministeriums und im Warschauer Archiv Neuer Akten (Archiwum Nowych Akt) aufzufinden, blieben erfolglos.

6 Ich danke an dieser Stelle Dr. H. P. Mensing, der mir eine Kopie des Berichts von Adenauer zur Verfügung stellte. Das Dokument befindet sich im Historischen Archiv der Stadt Köln, Sign. 902/253/3.

Möglichkeit eines neuen Kriegs infolge der damaligen deutsch-französischen Krise Ausdruck. Der Konflikt könne auf zwei Arten gelöst werden, so Adenauer: Entweder durch eine Teilung Deutschlands, ähnlich der Teilung Polens im 18. Jahrhundert, oder durch eine Verständigung mit Frankreich. Adenauer hatte nichts gegen eine Beteiligung Frankreichs an der deutschen Industrie einzuwenden; er war jedoch überzeugt, dass diese Industrie nicht den Wert besaß, von dem die Franzosen ausgingen. In seinem Resümee zu diesem Gespräch schrieb Rozwadowski: »Es erscheint, dass Herr Adenauer den Standpunkt Polens in diesem Konflikt herausbekommen möchte, sowie auch die Möglichkeit der polnischen Vermittlung. Ich nehme an, dass er in solchem Falle eine hervorragende Rolle spielen möchte.«⁷ In diesem Gespräch machte sich bereits ein charakteristisches Element der späteren Außenpolitik Adenauers bemerkbar – das Suchen nach einer Verständigung mit Frankreich. Adenauer stellte den Verlauf des Gesprächs etwas abweichend dar; er glaubte nicht an die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung durch direkte Verhandlungen. Adenauer informierte Reichskanzler Wilhelm Cuno über sein Treffen mit Rozwadowski und den darauf folgenden Besuch des polnischen Diplomaten in Paris. »Man habe diese Mitteilungen mit dem denkbar größten Interesse entgegengenommen«, so Adenauer. Allerdings blieb der polnische Vermittlungsversuch ergebnislos. »Zur Zeit sei die Lage in Frankreich so, daß selbst nicht einmal Polen, das doch ein Freund Frankreichs sei, es wagen dürfe, zu intervenieren.« Über weitere Kontakte Adenauers mit polnischen Diplomaten gibt es keine Quellen. In seinen Erinnerungen erwähnt er sie nicht, sie waren also sicher nicht allzu lebhaft und wesentlich. Da die Archivmaterialien des polnischen Konsulates in Köln im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurden, können auch sie nicht herangezogen werden. Wir wissen nur, dass Adenauer 1928 wegen der Auflösung des polnischen Konsulates in Köln beim polnischen Außenministerium intervenierte.⁸ Möglicherweise ging es Adenauer darum, weiterhin eine gute konsularische Betreuung der polnischen Arbeitsemigranten im Rheinland zu gewährleisten; sicherlich beeinträchtigte die Auflösung des Konsulates aber auch das Prestige Kölns, um das Adenauer sich während seiner Amtszeit so sehr bemühte. Wie sah Adenauer also die deutsch-polnischen Beziehungen während der Weimarer Republik, die sich bekanntlich nicht allzu gut entwickelten? Offensichtlich beurteilte sie der spätere Bundeskanzler kritisch, allerdings aus einer gewissen Distanz – was angesichts seines Engagements auf der lokalen Ebene auch einleuchtend war. Jahre später sollte er jedoch feststellen, dass die schlechten deutsch-polnischen Beziehungen einer der Fehler der deutschen Außenpolitik zwischen 1918 und 1933 waren.⁹

7 Oberbürgermeister von Köln Dr. Adenauer über deutsch-französische Verständigung, EBD.

8 Wie Anm. 4, Einführung.

9 Hanns Jürgen KÜSTERS (Bearb.), *Adenauer. Teegespräche 1950–1954*, Berlin 1984, S. 299.

1933 übernahmen die Nationalsozialisten die Macht und enthoben Adenauer sämtlicher Ämter. Damit endete die erste Phase im öffentlichen Wirken Adenauers, also v.a. als Kommunalpolitiker. Bis Kriegsausbruch lebte Adenauer zurückgezogen als Privatmann, engagierte sich nicht politisch. Über den Verlauf der Kriegshandlungen gegen Polen im September 1939 erfuhr er wahrscheinlich aus den Erzählungen seines zweiten Sohnes Max, der als Soldat daran teilnahm. Er war jedoch weit davon entfernt, sich vom Kriegsenthusiasmus und von den raschen Erfolgen der deutschen Wehrmacht anstecken zu lassen. Am 19. Oktober 1939 schrieb er in einem Brief an Professor Walter Braunfels: »Es waren sorgenvolle Wochen, und eine sorgenvolle Zeit steht noch vor uns. Wir merken allerhand vom Kriege, viel durchmarschierende Truppen, Flugzeuge, deutsche und feindliche, Flakfeuer. Bei günstigem Wind hören wir auch das Artilleriefeuer der Westfront.«¹⁰ Adenauers Korrespondenz in der Kriegszeit enthielt – vermutlich aus Sicherheitsgründen – keinerlei Bemerkungen zur NS-Politik gegenüber der Bevölkerung in den besetzten Ländern, zu denen auch Polen gehörte. Adenauer wusste allerdings von den Morden und Grausamkeiten, die seine Landsleute dort begingen. In den Nachkriegsjahren äußerte er sich mehrfach zu diesem Thema. Es lohnt sich, aus einem Brief Adenauers an Pastor Bernhard Custodis vom 23. Februar 1946 zu zitieren, in dem er von der Verantwortung der Deutschen, auch des deutschen Klerus, für die Verbrechen der Kriegszeit schreibt. »Im übrigen hat man aber auch gewusst – wenn man auch die Vorgänge in den Lagern nicht in ihrem ganzen Ausmaße gekannt hat –, dass die persönliche Freiheit, alle Rechtsgrundsätze, mit Füßen getreten wurden, dass in den Konzentrationslagern große Grausamkeiten verübt wurden, dass die Gestapo, unsere SS und zum Teil auch unsere Truppen in Polen und Russland mit beispiellosen Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung vorgingen. Die Judenpogrome 1933 und 1938 geschahen in aller Öffentlichkeit. Die Geiselmorde in Frankreich wurden von uns offiziell bekannt gegeben. Man kann also wirklich nicht behaupten, dass die Öffentlichkeit nicht gewusst habe, dass die nationalsozialistische Regierung und Heeresleitung ständig aus Grundsatz gegen das Naturrecht, gegen die Haager Konvention und gegen die einfachsten Gebote der Menschlichkeit verstießen.«¹¹ Die Wiedergutmachung für die vom Dritten Reich unterdrückten Völker wurde in den folgenden Jahren zu einem der Ziele von Adenauers Politik, obwohl wir hier eine gewisse, für die Polen schmerzliche Asymmetrie beobachten können: Während es bereits zu Anfang der fünfziger Jahre zu Entschädigungszahlungen für die jüdische Bevölkerung kam, blieben die polnischen Opfer des NS-Terrors lange Jahre ausgeschlossen. Dies

10 Hans Peter MENSING (Bearb.), *Adenauer im Dritten Reich*, Berlin 1991, S. 353f.

11 Hans Peter MENSING (Bearb.), *Adenauer. Briefe 1945–1947* (Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1983, S. 172.

befraf auch die Polen, die nach dem Krieg in der Bundesrepublik blieben und die während des Krieges Repressionen ausgesetzt gewesen waren. Vergeblich bemühten sie sich in den fünfziger Jahren um eine Entschädigung.

Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 nahm die Gestapo Adenauer fest und inhaftierte ihn in einem Arbeitslager in Köln-Deutz. Adenauer, der selbst nicht aktiv an der deutschen Widerstandsbewegung teilnahm, aber Kontakte zu verschiedenen Beteiligten unterhielt,¹² wurde im Zuge der Aktion Gewitter – wie Hunderte andere ehemalige Abgeordnete der Weimarer Parteien oder Gewerkschaftsführer verhaftet.¹³ In diesem Lager befanden sich auch Kriegsgefangene verschiedener Nationalität, u.a. Polen. Adenauer lernte dort polnische Offiziere kennen, betete mit ihnen in heimlich organisierten Messen. Jahre später erinnerte er sich, dass »die inhaftierten polnischen Offiziere sich mir gegenüber außerordentlich zuvorkommend benahmen.«¹⁴ Der künftige Kanzler bewunderte ihre katholische Frömmigkeit, ihre tadellose Haltung. Die polnischen Gefangenen wiederum notierten in ihren Erinnerungen über diese Zeit, dass Adenauer ihre Delegation empfing und allen polnischen Gefangenen wünschte, sie mögen in ihre Heimat zurückkehren können.¹⁵ Adenauer kam auch noch viele Jahre später immer wieder auf seine damaligen Erlebnisse und Beobachtungen zurück.¹⁶

Sicherlich konnte Adenauer aus diesen zufälligen und sporadischen Gesprächen nicht allzu viel über Polen erfahren. Dennoch müssen sie sein Polenbild auf die eine oder andere Weise geprägt haben. Erinnern wir uns daran, dass Adenauer auch mit Vertretern anderer Nationen vor 1945 keine intensiveren Kontakte hatte. Er unternahm keine Auslandsreisen, allerdings fühlte er sich als Rheinländer in »westeuropäischer« Atmosphäre wohler. Dabei muss jedoch betont werden, dass seine Einstellung zu Polen nicht von nationalistischen Überzeugungen geprägt war, wie sie für andere deutsche Politiker dieser Zeit charakteristisch waren. In dieser Zeit waren die deutsch-polnischen Be-

12 Adenauer nahm nicht aktiv am Widerstand teil, beteiligte sich auch nicht an den Planungen zum Attentat auf Hitler. »Ich habe nur immer den einen Wunsch und die eine Hoffnung gehabt«, sagte er 1962 im Gespräch mit D. Schorr, »daß die Welt erlöst würde vom Nationalsozialismus.« Dass Adenauer nicht in der Opposition aktiv war, lässt sich einerseits mit seiner großen Vorsicht und Furcht um das Schicksal seiner engsten Angehörigen und andererseits mit seinem Zweifel am Erfolg des Widerstands erklären. Dennoch bezogen verschiedene Widerstandsgruppen Adenauer in ihre Pläne ein. Ein Beispiel ist eine Notiz Paul York von Wartenburgs, eines Mitglieds des »Kreisaer Kreises«, vom 9. August 1943, laut der Adenauer, nach dem Sturz des Hitler-Regimes, als Landeshauptmann der Region Mittelrhein vorgesehen war. H. P. MENSING (wie Anm. 10), S. 17, S. 384–386, 393.

13 Vgl. Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 21990, S. 259–268.

14 H. P. MENSING (wie Anm. 10), S. 414f.

15 Vgl. die Aussagen von Mirosław Wierzbicki und Mirosław Zawodny, EBD. S. 415.

16 Vgl. Adenauers Rundfunkansprache zum 20. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs; Konrad ADENAUER, *Reden 1917–1967. Eine Auswahl*, Stuttgart 1975, S. 406.

ziehungen für Adenauer nicht von erstrangiger Bedeutung, waren sie doch von seiner Alltagsarbeit recht weit entfernt. Er war daher nicht gezwungen, in Bezug auf Polen ein Programm, eine ganzheitliche Vision auszubilden. Dies änderte sich freilich 1945.

Die Situation Nachkriegsdeutschland war fatal. In Besatzungszonen aufgeteilt, hatten die Menschen mit zahlreichen Problemen im Alltagsleben zu kämpfen. Die Lage verschlechterte sich noch durch den ununterbrochenen Zustrom von vertriebenen Deutschen aus Mittelosteuropa, die infolge der Grenzverschiebungen der Nachkriegszeit gezwungen wurden, ihre Wohnorte zu verlassen. Sie nahmen bald einen beträchtlichen Einfluss auf die deutsche Ostpolitik. Anlass zur Besorgnis gab auch die Deutschlandpolitik der Sowjetunion, die bestrebt war, ihre Einflussosphäre soweit wie möglich auszudehnen. Adenauer registrierte diese Entwicklung sehr aufmerksam. Seiner Meinung nach hielt die UdSSR kontinuierlich an ihrer Expansionspolitik fest. Im Ostteil Deutschlands, in Polen, Ungarn, einem Teil Österreichs und auf dem Balkan hatte sie ihren Einfluss bereits etabliert und sicherte ihn weiter ab, indem sie neue politische und wirtschaftliche Verhältnisse schuf. Die Folge war die Entstehung zweier »Europas«. Die Prognose in Bezug auf die Situation in Europa, die Adenauer Ende 1945 formulierte, sollte sich bereits innerhalb weniger Jahre bewahrheiten. Die einzige Chance für den Westteil Deutschlands, nicht in die sowjetische Sphäre eingesogen zu werden, bestand für Adenauer in einer möglichst engen Zusammenarbeit mit Westeuropa.

Adenauers Rückkehr in das Amt des Kölner Oberbürgermeisters 1945 blieb infolge eines Konfliktes mit den Briten nur eine kurze Episode. Als Adenauer das Rathaus verließ, bedeutete dies jedoch keineswegs das Ende seiner Karriere, sondern vielmehr den Anfang einer phänomenalen Entwicklung. Adenauer, der an der Gründung der CDU in der britischen Zone beteiligt war, erhielt nun endlich Gelegenheit, sein tatsächliches politisches Format zu demonstrieren und die lokale politische Szene zugunsten der nationalen und bald auch internationalen Bühne zu verlassen. Eines der Probleme, mit denen er sich vor 1949 befasste, war die Zukunft der Gebiete östlich von Oder und Neiße. Zu den Faktoren, die die deutsch-polnischen Beziehungen bereits vor 1939 belastet hatten, kamen nun nicht nur die Kriegserfahrungen hinzu, sondern auch die Entscheidungen der Großmächte über Deutschlands Grenzen. Eine solche Ausgangslage, zu der noch der Antagonismus der politischen Systeme in Polen und der Bundesrepublik hinzu kam, verhiess für die Zukunft nichts Gutes. Adenauer formulierte seinen Standpunkt in dieser Frage in einem Brief an Adolf Kaschny vom 7. Januar 1947: »Kein Angehöriger der CDU werde m.E. einen Friedensvertrag unterschreiben, der die Oder-Neiße-Linie enthalte. Was die fernere Zukunft bringen wird, das steht ganz dahin. Kein Mensch kann es wissen. Uns bleibt nur eins übrig: alles zu tun, was in unseren

Kräften steht, um die gesunden und wertvollen Eigenschaften unseres Volkes zu erhalten und weiter zu entwickeln.«¹⁷ Das Programm schien also klar zu sein – die Dauerhaftigkeit der polnischen Verwaltung in diesen Gebieten abzulehnen und sich ansonsten auf die Stärkung der deutschen Gesellschaft zu konzentrieren. Hier ist zu fragen, ob Adenauer die Bedeutung der Grenzveränderungen für Polen und deren vielfältige soziale Implikationen, die keineswegs geringer waren als im Falle der deutschen Gesellschaft, wirklich verstand.

Die sich verfestigende Teilung Deutschlands beschleunigte die Karriere Adenauers. 1948 übernahm er den Vorsitz des Parlamentarischen Rates, der sich mit der Ausarbeitung einer Verfassung beschäftigte. Nach den Parlamentswahlen am 14. August 1949, die CDU und CSU gewannen, wurde Adenauer am 15. September jenes Jahres zum ersten Kanzler der Bundesrepublik gewählt, jenes Staates, der aus dem Westteil des besetzten Deutschlands entstanden war. Als seine Karriere als Kanzler begann, war Adenauer 73 Jahre alt. Er übte das Amt noch fast vier Wahlperioden lang aus – bis 1963.

Die Entstehung der Bundesrepublik, und darauf der DDR, besiegelte die Teilung Europas und der Welt in zwei sich bekämpfende Blöcke: Den Westen mit den Vereinigten Staaten und den Osten mit der Sowjetunion, zu dem auch das kommunistisch beherrschte Polen gehörte. Wichtigste Ziele in der Außenpolitik der neuen westdeutschen Regierung waren die Revision des Besatzungsstatutes und die Wiedererlangung der Souveränität. Dies war – so Adenauer – nur durch die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten des Westens zu erreichen. Im Laufe der Zeit wurde die prowestliche Politik Adenauers zur Priorität in der Außenpolitik der Bundesrepublik. Adenauer folgte dieser Richtung konsequent, wobei er sogar das Ziel der deutschen Einheit aufgeben hätte, wie seine Kritiker meinten. Der Kalte Krieg, die Bedrohung durch die UdSSR in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre kamen dieser Politik sehr entgegen. Adenauer glaubte an die Kontinuität der Expansionspolitik des Kreml, er war überzeugter Antikommunist und sah in den sowjetischen Vorschlägen lediglich taktische Manöver. Dies erklärt seine konsequente Ablehnung jeglicher Pläne einer Wiedervereinigung Deutschlands unter der Bedingung der Neutralität, die die UdSSR zu Beginn der fünfziger Jahre machte. »Das Ziel Sowjetrusslands sei die Neutralisierung Deutschlands«, sagte Adenauer auf der Sitzung des CDU-Bundesvorstands in Bonn am 13. Juni 1952, »um auf diesem Wege ihre Herrschaft über ganz Europa auszudehnen.«¹⁸ Nach Meinung Adenauers konnte nur ein starker Westblock, de-

17 H. P. MENSING (wie Anm. 11), S. 415.

18 Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden«*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953 (Quellen und Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), Stuttgart ²1986, S. 114.

ren integraler Bestandteil die Bundesrepublik war, sich der Bedrohung seitens der UdSSR entgegenstellen (»Politik der Stärke«). Auf Verständnis und Zustimmung trafen diese Bestrebungen Adenauers bei den Staaten des Westens, die nun mit Erfolg begannen, ihre Vorstellungen einer allmählichen Integration Europas zu verwirklichen – freilich begrenzt auf den westlichen Teil des Kontinents. Adenauer engagierte sich persönlich sehr stark in der Außenpolitik: Nach Einrichtung des Auswärtigen Amtes übernahm er anfangs – von 1951 bis 1955 – selbst den Aufgabenbereich des Außenministers. Auch später behielt Adenauer sich in Fragen der Außenpolitik stets das entscheidende Wort vor, was Ursache zahlreicher Missverständnisse zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt war. Wenn wir die Außenpolitik der Bundesrepublik in dieser Zeit bewerten, bewerten wir zwangsläufig zugleich das Vorgehen Adenauers.

Trotz der erwähnten Prioritäten in der Außenpolitik in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre verlor der Kanzler das Thema Osteuropa, und damit auch das Thema Polen, nicht völlig aus den Augen. Die bloße Existenz der DDR ließ dies nicht zu. Für Adenauer lag der Zusammenhang zwischen Deutschland- und Ostpolitik auf der Hand. Im Laufe der Zeit zeigte sich, dass polnische Themen angesichts der Sachlage keinen eigenständigen Bereich der Außenpolitik bilden konnten. Die Ausstrahlung innenpolitischer Fragen auf die Außenpolitik verkomplizierte die Situation zusätzlich. Die Millionen Vertriebenen, die im neuen Staat integriert werden mussten, ließen es nicht zu, die Grenzfrage zu ignorieren. Rasch wurden erste Gesetze erlassen, die ihre Lage verbessern sollten. Adenauer war sich bewusst, dass diese Gruppe eine gewaltige Gefahr für die Stabilität der neuen Demokratie darstellen konnte. Neben den Gesetzen, die die Integration dieser Gruppe in die Gesellschaft ermöglichen sollten, versuchte er, sie zu gewinnen, indem er die Vertreibung verurteilte, das unveräußerliche Recht dieser Bevölkerung auf Heimat betonte und ihnen die Rückkehr versprach. Adenauer war jedoch kein Träumer: Er war sich bewusst, dass er diese Ziele nur auf friedlichem Wege durch Verhandlungen erreichen konnte, was er in seinen Äußerungen übrigens vielfach wiederholte. Kaum vorstellbar übrigens, dass er an der Macht hätte bleiben können, wenn er sich anders geäußert hätte. Eine der Bedingungen war, größere Entscheidungsfreiheit zu erhalten, so dass diese Frage nicht nur in der Macht der Großmächte lag. Während der Diskussion über den Deutschlandvertrag stimmten die Großmächte der Formulierung in Artikel VII Absatz 1 zu, in dem die Regelung der Grenzfrage einem Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten blieb. Diese Festlegungen, an denen Adenauer während seiner gesamten Amtszeit festhielt und auf die er sich als Rechtsgrundlage bezog, begrenzten im Ergebnis beträchtlich die Freiheit in der Diskussion mit Polen. Adenauer war Realist – obwohl er die neue Westgrenze Polens ablehnte,

konnte er vor den Veränderungen, die sich im Laufe der Zeit in diesen Gebieten abspielten, nicht die Augen verschließen. Bei den sogenannten »Teegesprächen« mit deutschen und ausländischen Journalisten, die er seit Anfang der fünfziger Jahre regelmäßig abhielt, äußerte er mehrfach die Ansicht, dass die Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße für Deutschland verloren seien, und bezweifelte, dass die Vertriebenen jemals in ihre Heimat würden zurückkehren können. »Ich meine auch, dass wir die Frage der Oder-Neiße-Linie«, sagte er in einem Gespräch im Juli 1957, »mal beiseite legen sollten. Das ist eine Frage, die bei dem großen Arrangement gelöst werden muss. Man kann nicht alles wieder zurückdrehen, das halte ich für ausgeschlossen. Die Russen haben die Polen nach Westen gebracht, die Deutschen weiter nach dem Westen. Jetzt kann man nicht die Polen dahin zurückbringen.«¹⁹ Freilich konnte Adenauer sich nicht dazu durchringen, seine private Meinung hierzu in die Sprache politischer Schritte zu übersetzen. Sein »verbaler Revisionismus« ermöglichte es Adenauer nicht nur, die Vertriebenen auf seine Seite zu bringen; er konnte das Problem auch oftmals instrumentalisieren, um größere Vorteile für die Bundesrepublik zu erzielen. Doch nicht nur die Grenzfrage stand der Aufnahme von Beziehungen zu Polen im Wege. Adenauer bemühte sich, zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands, der Befreiung Mitteleuropas vom Kommunismus und der Entspannungs- und Abrüstungspolitik ein Junktum zu kreieren. Er war der Meinung, dass die UdSSR ihre Position in Mitteleuropa nur im Rahmen einer globalen Neuordnung räumen würde; gleichzeitig glaubte er nicht, dass die UdSSR ihr Imperium lange würde halten können. Diese Haltung des Kanzlers war für die weitere Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen von außerordentlicher Bedeutung. Einerseits lehnte Adenauer jegliche Vorschläge der UdSSR zur Lösung der sogenannten deutschen Frage ab (etwa ein wiedervereinigtes, aber neutrales Deutschland), solange die Sowjets auf ihrer Hegemonie über Mitteleuropa beharrten. Dabei verwies er – zur Überraschung der Westmächte – auf den Zusammenhang zwischen der Befreiung Ostdeutschlands und Polens. Andererseits war Adenauer der Meinung, dass allein Moskau den Schlüssel zur Lösung der Probleme Mitteleuropas besäße. Daher lehnte er kategorisch den Versuch ab, die Situation innerhalb des Ostblocks allmählich zu verändern, indem man Kontakte zu den Satellitenstaaten aufnahm. In der zweiten Hälfte der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre war er skeptisch angesichts der Möglichkeit, die Satellitenstaaten von der Vorherrschaft des Kremls zu befreien. Damit lässt sich auch seine Polenpolitik der Jahre 1956/57 – nach dem so genannten »Juni-Aufstand« und dem »Polnischen Oktober« 1956 – erklären, die voller Vorbehalte war. Als er bei einem »Teegespräch« am 24. Oktober 1956 nach seiner

19 »Teegespräch« am 17. Juli 1957, in: Hanns Jürgen KÜSTERS (Bearb.), *Adenauer. Teegespräche 1955–1958*, Berlin 1986, S. 201f.

Einschätzung der Situation in Polen gefragt wurde, wollte Adenauer sich nicht festlegen, weil »man noch zu wenig unterrichtet ist und weil man die weitere Entwicklung gar nicht überschauen kann.«²⁰ Hierzu ist freilich anzumerken, dass eine solche abwartende Haltung, die jede aktive Politik blockiert, für alle Krisensituationen typisch ist. Auf zwei Aspekte der neuen Lage in Polen wies der Kanzler besonders hin: »Einmal, daß diese Vorfälle nicht einen akuten Anlaß haben, sondern der Ausbruch einer allgemeinen Unzufriedenheit sind, die doch die breitesten Volksmassen dort erfüllt, eine Unzufriedenheit mit dem sowjetrussischen Vasallentum, das die Satellitenstaaten ja nun einmal zur Zeit ertragen. Und das Zweite ist, daß eben deswegen Sowjetrußland, glaube ich, sich mit dem Gedanken vertraut machen muß, daß es in den Vasallenvölkern in den Satellitenstaaten nicht mehr absolut zuverlässige Werkzeuge hat.«²¹ Er mahnte jedoch zur Vorsicht, um die Lage der neuen polnischen Regierung nicht zu verkomplizieren. Seine Haltung gegenüber der neuen Warschauer Regierung verdeutlicht ein Gespräch Adenauers mit Journalisten am 17. Juli 1957. Auf eine Frage des amerikanischen Journalisten Korry – »Warum haben die Bundesrepublik und die Westeuropäische Union keine positiven wirtschaftlichen Schritte unternommen, um in Polen eine größere Freiheit zu fördern und zu unterstützen?« – antwortete Adenauer mit einer Gegenfrage: »Warum hat die UNO nicht den Freiheitskampf der Ungarn mehr unterstützt? Ich meine, der Widerhall, den der Freiheitskampf der Ungarn in der Welt gefunden hat, in der großen Welt, ist nicht sehr ermutigend für die Polen gewesen. Und bei allem, was wir tun, leitet uns die Rücksichtnahme ... auf Gomulka, damit Gomulka nicht Moskau verdächtig wird. Deswegen sind wir sehr vorsichtig.«²² In einem anderen Gespräch Anfang August 1957 sagte er: »Wir müssen da sehr vorsichtig sein. Wir dürfen Gomulka nicht gefährden. Es darf nicht dazu kommen, daß in Polen etwas Ähnliches passiert wie in Ungarn. Wir würden diplomatische Beziehungen mit Polen erst dann anknüpfen, wenn die Polen, Gomulka selbst der Auffassung ist, es schade ihnen nicht.«²³ Man könnte weitere, ähnliche Äußerungen aus dieser Zeit aufzählen. Diese übertrieben scheinende Vorsicht kann man nur als eine Art Rückversicherung interpretieren. Zugleich belegen diese Äußerungen, dass Adenauer die Mechanismen hinter der Entwicklung in Polen nicht verstand.

Mit Beginn der Entstalinisierung in der UdSSR und den Ländern Mittelosteuropas, darunter auch Polen, sowie den ersten Anzeichen des »Taufwitters« in den Ost-West-Beziehungen wurde die Frage nach der Aufnahme von Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR bzw. ihren Satelliten-

20 EBD. S. 153.

21 EBD.

22 EBD. S. 201.

23 EBD. S. 217.

staaten erneut aktuell. Die passive Haltung beider Seiten, die sich unter den Bedingungen des Kalten Krieges durchaus hatte begründen lassen, erwies sich nun, unter den veränderten Umständen, immer mehr als unzureichend. Den ersten Schritt in Richtung einer Aufnahme von Beziehungen unternahm freilich die polnische Regierung, die bereits Anfang 1955 ihre Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik erklärte.²⁴ Die Bundesregierung – d.h. Adenauer – ignorierten diesen Vorschlag, wobei der stalinistische Hintergrund der polnischen Regierungsmannschaft als Begründung diente. In der zweiten Jahreshälfte 1955 entschloss sich der Kanzler, Beziehungen zur UdSSR aufzunehmen, die im Gegenzug Zugeständnisse in Einzelfragen machte, u.a. bei der Entlassung gefangener deutscher Zivilisten und Soldaten. Dieser Schritt erwies sich als voller Erfolg für Adenauer, war jedoch keineswegs Vorbote eines Umbruchs: Noch im selben Jahr wurde die so genannte Hallstein-Doktrin formuliert, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu sowjetischen Satellitenstaaten beträchtlich erschwerte. Diese Doktrin war ein Symptom für die fehlende Bereitschaft Bonns, in den Beziehungen mit dem Osten aus der Sackgasse auszubrechen.²⁵ Die »Selbstfesselung der Außenpolitik«, um eine Formulierung von Dieter Bingen zu gebrauchen, wurde immer sichtbarer. Auch stellt sich die Frage, ob es konkrete Notwendigkeiten gab, die Bonn in Richtung einer Lösung der »polnischen Frage« gedrängt hätten: Für die Aufnahme von Wirtschaftskontakten war eine solche Lösung offensichtlich nicht erforderlich, ebenso wenig für eine Wiederaufnahme der Familienzusammenführung, d.h. der Ausreise von Deutschen aus Polen. Doch die Folgen des 20. Parteitags der KPdSU, der Posener Arbeiteraufstand und der »Polnische Oktober«, sowie die beträchtliche Liberalisierung in Polen, die sich u.a. in einer Öffnung zum Westen äußerte, gaben Anlass, über eine Regelung der (west-)deutsch-polnischen Beziehungen neu nachzudenken. In der Bundesrepublik erfuhr man damals mehr über Polen, die Handelsbeziehungen belebten sich, und nach Polen fuhren nicht mehr nur deutsche Journalisten, sondern auch Privatpersonen. Einige dieser Reisenden beschrieben dem Kanzler ihre Eindrücke in Briefen; es lohnt sich, aus einem dieser Briefe zu zitieren: »Seit Wladyslaw Gomulkas Regierungsantritt in Polen hat sich sehr viel gebessert. Die römisch-katholische Kirche und auch die Bevölkerung haben weitestgehende Freiheit erhalten, man hofft jedoch, daß es noch besser werden wird. Heute braucht in Polen keiner mehr zu hun-

24 Vgl. Beschluss des Staatsrates der Volksrepublik Polen über die Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Polen und Deutschland, Warschau, 18. 02. 1955, in: H.-A. JACOBSEN/M. TOMALA (wie Anm. 2), S. 78–79. In diesem Beschluss war zu lesen, dass »die Volksrepublik Polen bestrebt ist, friedliche und gutnachbarliche Beziehungen mit dem ganzen deutschen Volk auf der Grundlage der Friedensgrenze an Oder und der Lausitzer Neiße herzustellen«.

25 Werner KILIAN, *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973*, Berlin 2001.

gern. Nur Textilien sind sehr knapp, nicht von besonderer Qualität und sehr teuer.«²⁶ Bereits Ende 1956 fanden erste Touristenfahrten nach Polen statt, an denen v.a. »Vertriebene« aus den von Polen annektierten Gebieten teilnahmen. In jenen Monaten wurde Polen in der Bundesrepublik beinahe schon zu einem »Modeland«; in bundesdeutschen Zeitungen waren zahlreiche Reiseberichte aus Polen zu finden. 1957 akkreditierten die größten bundesdeutschen Tageszeitungen Korrespondenten in Warschau, etwa Hansjakob Stehle für die Frankfurter Allgemeine Zeitung und Joachim Steinmayr für die Süddeutsche Zeitung. Sie wurden im Laufe der Zeit zu Vermittlern zwischen der polnischen und der bundesdeutschen Regierung. Eine bisher noch brachliegende Quelle sind die Protokolle von Gesprächen mit diesen Journalisten, die im Archiv des Warschauer Außenministeriums lagern.

Ende 1956 begannen erste Sondierungsgespräche über eine Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen, wobei diesmal die Initiative von deutscher Seite ausging. Erstmals spielte dabei das Thema Wirtschaftsbeziehungen eine Rolle. Die Gespräche wurden teilweise in den Hauptstädten der Westmächte (Washington, Paris, Belgrad) geführt, teilweise sandte die deutsche Seite Emissäre nach Polen, meist Journalisten, die die polnische Regierung über den deutschen Standpunkt unterrichteten. Auf eines dieser Gespräche, von dem bekannt ist, dass es mit Wissen Adenauers stattfand, möchte ich ausführlicher eingehen. Am 18. Dezember 1956 nahm ein Angehöriger der jugoslawischen Botschaft in Washington, F. Promożicz, Kontakt mit dem polnischen Diplomaten H. Jaroszek auf und schlug ihm ein Treffen mit A. von Kessel vor, einem Beauftragten der deutschen Botschaft, der ihn gebeten hatte, ein solches Treffen zu arrangieren. Warschau signalisierte sein Einverständnis, einen Monat später fand das Treffen im Hause Promożicz statt.²⁷ Von Kessel versicherte, dass seine Regierung sich sehr für die Entwicklung in Polen interessiere, und betonte, er habe mit dem Kanzler über dieses Thema gesprochen. Zwar nehme die Bundesrepublik lebhaft Anteil an den Veränderung in Polen nach 1956, sie wolle jedoch keinesfalls Einfluss auf die Innenpolitik Polens nehmen. Er betonte, im Namen der Regierung zu sprechen, und erklärte, dass die Zeit für eine Verbesserung der Beziehungen und eine Annäherung zwischen beiden Ländern nunmehr reif sei. In seiner Antwort erläuterte Jaroszek die Haltung der polnischen Regierung zur Aufnahme politischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen. Er betonte, die

26 Paul Kowalski berichtet von der Haltung der Deutschen in Polen und fordert Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Brief vom 24.09.1957, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Best. 10. 25–48.

27 Vgl. Notatka z rozmowy H. Jaroszka z ministrem do spraw politycznych ambasady RFN, Albrechtem von Kesselem. Waszyngton, 19.01.1957, A MSZ Departament IV Niemcy, 23/35/4.

polnische Regierung habe wiederholt ihre Bereitschaft zur Lösung dieses Problems erklärt. Er sprach auch die Frage der Remilitarisierung der Bundesrepublik an; von Kessel ging auf dieses Thema jedoch nicht ein. Stattdessen schlug er eine Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik an Polen vor. »Von Kessel betonte«, so Jaroszek in seinem Bericht, »dass die Annahme des Vorschlags durch die polnische Regierung die Bedingungen für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen schaffen würde, indem sie die öffentliche Meinung darauf vorbereite. Sie würde auch zum Abbau antideutscher Vorurteile in Polen beitragen und ein für die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten geeignetes Klima schaffen.«²⁸ Von Kessel erwähnte eine Reihe von Schwierigkeiten, die – trotz der grundsätzlich positiven Einstellung Adenauers und seiner Regierung zur Aufnahme von Beziehungen zu Polen – eine sofortige Aufnahme von Bemühungen in dieser Richtung verhinderten. Das größte Problem sei der Bundestagswahlkampf: Die Aufnahme von Beziehungen noch vor den Wahlen könne von der Opposition als Wahlkampfmanöver betrachtet werden und der Regierung erhebliche Schwierigkeiten bereiten, v.a. von seiten der Vertriebenen-Organisationen. Weiterhin stand die Hallstein-Doktrin im Wege: Danach wurden mit Staaten, die die DDR anerkannten, grundsätzlich keine Beziehungen aufgenommen – mit Ausnahme der UdSSR, die als Besatzungsmacht einen Sonderstatus hatte. Nach Meinung von Kessels würde es nach den Wahlen leichter sein, von diesem Prinzip abzuweichen. Und schließlich wolle die Bundesregierung auch nicht den Eindruck erwecken, sie zeige eine übertriebene Kooperationsbereitschaft, um der neuen polnischen Führung die Arbeit nicht zu erschweren: »Schon jetzt«, so von Kessel, »haben wir Schwierigkeiten, Ihre Freunde [die UdSSR], von der Notwendigkeit engerer Beziehungen zwischen uns und Polen zu überzeugen.«²⁹ Nach den Wahlen – so von Kessel – würde sich diese ungünstige Situation verändern; er sei überzeugt, dass man in 12 bis 18 Monaten diplomatische Beziehungen mit Polen aufnehmen könnte. Das Grenzproblem erwähnte von Kessel nicht. Zusammenfassend schrieb Jaroszek in seinem Bericht über das Gespräch: »Der Vorschlag soll Adenauer einerseits politische Vorteile in den Wahlen bringen, andererseits ist er zweifellos mit weitreichenden deutsch-amerikanischen Plänen und Kalkülen in Bezug auf uns verbunden. Es scheint, dass er unter diesem Aspekt geprüft werden sollte.«³⁰ Von Kessel seinerseits informierte Außenminister von Brentano über das Ergebnis seiner Gespräche und bat um weitere Anweisungen. Ob es zu weiteren Treffen kam und welchen Inhalt sie hatten, wissen wir nicht. Allerdings wurde das Thema, diplomatische Beziehungen zu Polen, während Adenauers USA-Besuch im Mai 1957 erörtert, was

28 EBD.

29 EBD.

30 EBD.

darauf hindeutet, dass weitere Gespräche stattgefunden hatten.³¹ Von Brentano, der den Kanzler auf seiner USA-Reise begleitete, wies von Kessel an, die polnische Botschaft zu informieren, dass die Bundesrepublik das Thema diplomatische Beziehungen unmittelbar nach den Wahlen wieder aufgreifen werde.³² Dass deutsche Regierungskreise zu Gesprächen mit Polen bereit waren, belegt auch eine Empfehlung des Auswärtigen Amts, die Vertreter der Bundesrepublik zu Gesprächen mit polnischen Politikern und Diplomaten ermutigte. Kurz nach seinem Wahlsieg bekundete Adenauer in einem Fernsehinterview Interesse an einer deutsch-polnischen Annäherung durch eine Intensivierung der Handelsbeziehungen. Zudem beauftragte er den Außenminister, ein neues Konzept zur Ostpolitik zu erarbeiten und dem neuen Kabinett vorzulegen. »Dann ist auch die Frage zu entscheiden«, sagte Adenauer am 26. September 1957 vor Journalisten, »ob man ausschließlich mit Polen in ein diplomatisches Verhältnis kommen soll oder auch mit den anderen Satellitenstaaten.«³³ Auf die Frage eines Journalisten, ob er die Frage der Oder-Neiße-Grenze für nicht mehr aktuell halte, erwiderte Adenauer kurz: »Kann man ja ausklammern.«³⁴

Alles deutete also darauf hin, dass für die Aufnahme von Beziehungen zu Polen reale Chancen bestanden – dennoch sollte es nicht dazu kommen. Welche Ereignisse verhinderten eine Verwirklichung dieser Absichten? Bereits Ende August 1957 wurde bekannt, dass Jugoslawien bereit sei, die DDR und die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Eine entsprechende Vereinbarung sollte während des nächsten Besuchs einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation in Belgrad getroffen werden. Damit trat zum ersten Mal eine Situation ein, in der sich die Bundesrepublik entscheiden musste, ob sie die Hallstein-Doktrin anwendet oder ignoriert – womit sie signalisiert hätte, dass die bisherigen Grundlagen ihrer Außenpolitik einer grundsätzlichen Revision unterzogen würden. Auf eine solche Kehrtwende setzte u.a. der deutsche Botschafter in Jugoslawien, Karl Georg Pfeleiderer, der eine Annäherung an Polen energisch unterstützte. Adenauer entschied sich jedoch dagegen: Am 19. Oktober 1957 brach die Bundesrepublik ihre diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien ab. Das Fundament der vermeintlichen neuen Ostpolitik hatte sich als sehr fragil erwiesen.

Bedeutete dies, dass es aus Adenauers Sicht noch zu früh war für einen Wandel? Auch die Opposition kritisierte übrigens die Entscheidung der

31 Vgl. Brief von Brentano an Adenauer vom 16. Mai 1957, in: Arnulf BARING, *Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964*, Hamburg 1974, S. 211.

32 EBD. S. 193f.

33 H.J. KÜSTERS (wie Anm. 19), S. 233.

34 EBD.

Regierung. »Nach Meinung westdeutscher Politiker und Journalisten«, berichtete der Presseattache der polnischen Militärmission in Berlin, Raczkowski, am 11. Dezember 1957 nach einem Gespräch mit Hansjakob Stehle, »tragen das Außenministerium, und insbesondere Leute wie Grewe und Hallstein (auch Brentano, weil letzten Endes immer alles auf die Meinung dieser beiden hinausläuft), die Hauptschuld am Abbruch der Beziehungen mit Jugoslawien und das Fiasko der ganzen Ostpolitik der Bundesrepublik. Diese Leute wirken bremsend und verzögernd auf die Aufnahme von Beziehungen mit Polen ein. Stehle erwähnte ein Grundsatzgespräch, das Pfleiderer (kurz vor seinem Tode) mit Hallstein führte. Pfleiderer verlangte vor dem Abbruch der Beziehungen mit Jugoslawien die sofortige Aufnahme von Beziehungen mit Polen, worauf Hallstein erwiderte: Ausgangspunkt unserer Gespräche mit Polen sind die Grenzen von 1937.«³⁵ Auch Adenauer muss dieser Meinung gewesen sein. Freilich behauptete Stehle, dass Adenauer die Aufnahme von Beziehungen zu Polen dennoch weiterhin befürworte. Ein weiteres Ereignis, das möglicherweise dazu beitrug, dass die Pläne zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen verworfen wurden, war der Plan einer atomwaffenfreien Zone, zu der auch die Bundesrepublik gehören sollte, den der polnische Außenminister Adam Rapacki Anfang Oktober 1957 in der UN-Vollversammlung vorstellte. Adenauer betrachtete den Plan des polnischen Außenministers als einen weiteren Versuch der UdSSR, die Bundesrepublik zur Anerkennung der DDR zu bewegen und Deutschland zu neutralisieren, was er bekanntlich vehement ablehnte. Dennoch überrascht es, dass er diesem Vorschlag so wenig Aufmerksamkeit schenkte: Er hätte seinerzeit durchaus erkennen können, dass es sich um einen Versuch Polens handelte, etwas mehr Handlungsfreiheit in der internationalen Arena zu erlangen. Dies bestätigen die späteren Versionen des Rapacki-Plans, die die deutsch-deutsche Sonderproblematik berücksichtigten und eine Plattform für Gespräche zwischen der Bundesrepublik und Polen offerierten, ohne dass dazu die DDR hätte anerkannt werden müssen. Doch auch diese Vorschläge lehnte der Kanzler ab.

Hier stellt sich eine Reihe von Fragen: Fühlte Adenauer sich womöglich in gewisser Weise durch diese rasche Entwicklung der Lage überfordert? Verbargen sich hinter den Erklärungen des Kanzlers gegenüber Polen tatsächliche Schritte? Welchen Einfluss hatte die Unterstützung der oppositionellen SPD für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen, die zur Einrichtung eines Sonderausschusses zur Prüfung dieser Frage führte, sowie für den Rapacki-Plan auf die Entscheidungen des Kanzlers? Anfang Juni 1958 informierte Joachim Steinmayr J. Czyrek, Abteilungsleiter im polnischen Außen-

³⁵ Vgl. Wyciąg z notatki z rozmowy attache prasowego Misji Wojskowej PRL w Berlinie tow. Raczkowskiego z dr. Hansjakobem Stehle, redaktorem FAZ, Warszawa, 11 grudnia 1957, A MSZ, Departament IV Niemcy, 10/106/13.

ministerium, dass »sich in Bonn ganz Adenauers These durchgesetzt hat, wonach für die BRD nur ein Gesprächspartner im Osten existiert – die UdSSR. Daher ist die Frage der Aufnahme von Beziehungen zu Polen und anderen sozialistischen Ländern immer weniger aktuell und hört auf, Gegenstand des Interesses der Regierungskreise der BRD zu sein«, so Steinmayr. »Zwar soll der außenpolitische Ausschuss des Bundestags demnächst einen Antrag der Opposition zur Normalisierung der Beziehungen mit Polen erörtern, aber einem eventuellen Beschluss des Ausschusses wird keine größere Bedeutung beigemessen.«³⁶ Nachdem Adenauer also einem zaghaften Schritt in Richtung Polen zugestimmt hatte, zog er sich schnell wieder zurück. Dahinter steckte wahrscheinlich der Grundsatz, dass sämtliche bundesdeutschen Initiativen ohnehin nur Sondierungscharakter hätten und allenfalls den wirtschaftlichen Austausch fördern könnten.

Die ablehnende Haltung der Bundesrepublik angesichts des Rapacki-Planes verstärkte in Polen die bereits seit einigen Monaten laufende intensive Propaganda gegen Adenauer. Dabei lieferte die Annahme der Ehrenritterwürde des Deutschen Ordens durch den Kanzler im März 1958 den polnischen Kommunisten ein ausgezeichnetes Propagandaargument. Angesichts dessen kann man durchaus die These aufstellen, dass Adenauer, obwohl er zeitweise Interesse für polnische Fragen zeigte, die polnische Spezifik im Grunde nicht verstand. Aufgrund der schlechten Quellenlage ist schwer zu beurteilen, ob den Kanzler Informationen über das polnische Echo auf seine Annahme der Ehrenritterwürde erreichten. Man darf jedoch davon ausgehen, dass die polnische Reaktion ihn auch nicht sonderlich interessierte, zumal das Projekt, offizielle Beziehungen aufzunehmen, immer unrealistischer wurde. Davon überzeugte sich Stanisław Stomma 1958 auf einer Reise durch die Bundesrepublik: Der polnische Parlamentarier, ein unabhängiger Katholik, wäre geradezu ein »Traumpartner« für inoffizielle Gespräche gewesen, falls Bonn solche gewünscht hätte. Diese Hoffnung hatte übrigens nicht nur Stomma, sondern auch die Warschauer Regierung. Das Interesse an dem Gast aus Polen war jedoch gering. Immerhin kam es zu einer längeren Unterredung mit Bundesaußenminister Heinrich von Brentano und zu einem Gespräch mit Staatssekretär Hans Globke im Kanzleramt.³⁷

Der Ausbruch der zweiten Berlin-Krise begrub dann endgültig alle diesbezüglichen Hoffnungen – lieferte sie Adenauer doch einen weiteren Beweis, dass die Politik der Satellitenstaaten vollkommen vom Krenl kontrolliert wur-

36 Vgl. Notatka z rozmowy z naczelnika wydziału MSZ J. Czyrka z korespondentem »Süddeutsche Zeitung« J. Steinmayrem (10 czerwca 1958), A MSZ, Departament IV Niemcy, 10/107/13.

37 Vgl. Wolfgang PAILER, *Stanislaw Stomma. Nestor der polnisch-deutschen Aussöhnung*, Bonn 1995, S. 75–82.

de. In dieser Phase begann auch Polen, seine Haltung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik zu revidieren. Bisher war man bereit gewesen, ohne jegliche Vorbedingungen Beziehungen aufzunehmen, d.h. man akzeptierte den abweichenden Standpunkt der Bundesrepublik in der Grenzfrage. Inzwischen jedoch konnte von einer Aufnahme von Beziehungen ohne Vorbedingungen keine Rede mehr sein. Gomulka's antideutsche Überzeugung verfestigte sich durch Adenauers Passivität endgültig.

Ende der fünfziger Jahre tauchte in diesem komplexen internationalen Spiel ein weiterer Faktor auf – die Haltung der Westmächte zur Oder-Neiße-Grenze begann sich zu verändern. Im März 1959 wurde Adenauer unangenehm von Charles de Gaulle überrascht, als dieser erklärte, er könne sich eine deutsche Wiedervereinigung ohne vorherige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht vorstellen. Nach einer Intervention des Kanzlers verzichtete de Gaulle auf eine weitere Erörterung des Themas, aber das Signal war eindeutig. Eine ähnliche Haltung nahmen die Amerikaner in der Grenzfrage ein; sie versicherten den Polen, »auch in Zukunft« den polnischen Standpunkt in der Grenzfrage zu unterstützen. Zwar waren dies nur verbale Anzeichen einer neuen Haltung, doch ihre Häufigkeit war kein Zufall. Gegen Ende der fünfziger Jahre suchten die Westmächte, und v.a. die USA, immer öfter nach Möglichkeiten zu einem Dialog mit der UdSSR und deren Satelliten, um ernsthafte Konflikte zu vermeiden. Dieser neuen Politik des Westens musste sich, wenn auch widerwillig, auch Adenauer unterordnen. Seit der zweiten Jahreshälfte 1959 ließen sich wieder vermehrt Bemühungen Adenauers um einen Dialog mit Polen beobachten. Offensichtlich sollte die Rundfunkansprache des Kanzlers zum zwanzigsten Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs ein Signal für den neuen Kurs sein. Erwähnenswert ist, dass Adenauer nicht den vom Auswärtigen Amt vorbereiteten Text verlas, sondern die Ansprache selbst verfasste. Doch statt des erhofften Effekts ertete der Kanzler in Polen nur Kritik. Besonders scharf reagierte der polnische Premier Józef Cyrankiewicz auf die Ansprache.³⁸ Es musste so kommen – so hatte der Kanzler u.a. gesagt: »Ein besonderes Wort aber muss heute dem Volke gelten, das durch den Einfall der Truppen Hitler-Deutschlands *und der Sowjetunion* das erste Opfer des Kriegs geworden ist.«³⁹ Hinzugefügt sei, dass die Wochenzeitschrift *Polityka* die Rede Adenauers wenige Tage später komplett abdruckte, einschließlich der zitierten Passage.⁴⁰

38 Aus der Rede des Ministerpräsidenten in Warschau, 1. September 1959, in: H.-A. JACOBSEN/M. TOMALA (wie Anm. 2), S. 95–97.

39 Rundfunkansprache von Bundeskanzler K. Adenauer zum 1.09.1939, Bonn am 31.08.1959, in: EBD. S. 94f.; Hervorhebung d. Autors.

40 Jak kanclerz RFN uczcił dwudziestą rocznicę Września, in: *Polityka*, Nr. 36 vom 05.10.1959, S. 10.

Adenauer hatte damit ein Tabuthema angesprochen – die Mitverantwortung der UdSSR für die Niederlage Polens im September 1939 – und dies musste die Haltung der kommunistischen polnischen Regierung zwangsläufig verhärten. Auch der Botschafter der Bundesrepublik in der UdSSR, Hans Kroll, war nicht mit Adenauers Ansprache zufrieden und äußerte dies im Gespräch mit dem polnischen Botschaftsrat Korolczyk. Dieser notierte nach dem Gespräch: »Kroll ist nicht mit der Passage in Adenauers Ansprache an das polnische Volk vom 1. September einverstanden, in der er von der Rolle der UdSSR im September 1939 spricht. Dieser Teil der Ansprache war völlig überflüssig, besonders jetzt, da ›das Eis schmilzt‹. Kroll informierte den Kanzler umgehend über seine negative Beurteilung. Unglücklich war auch der Zeitpunkt, zu dem Adenauers Rede gehalten wurde. Auf keinen Fall hätte man dies aus Anlass des Jahrestages des September machen dürfen.«⁴¹ Kroll merkte jedoch an, dass die Rede Cyrankiewicz zu scharf gewesen sei und eine Neuaufgabe der deutsch-polnischen Gespräche verhindert habe. »Kroll unterstrich nachdrücklich«, so Korolczyk weiter, »dass Adenauer den Polen die Hand reichen will, aber in der Frage der Oder-Neiße-Grenze, die nicht die wichtigste ist, muss Adenauer vorsichtig vorgehen, weil er viele Gegner hat, und die öffentliche Meinung in der BRD in dieser Frage ebenfalls gespalten ist.«⁴² Anzumerken ist, dass sich Ende der fünfziger Jahre in der Einstellung der deutschen Gesellschaft zur Normalisierung der Beziehungen mit Polen eine Veränderung beobachten lässt, wie Umfragen vom September 1959 belegen.⁴³ Auf die Frage »Sind Sie der Meinung, dass wir uns stärker als bisher um freundschaftliche Beziehungen zu Polen bemühen sollten?« antworteten 66 % der Befragten mit Ja, nur 12 % waren dagegen und 22 % hatten keine Meinung. Von den Personen, die wenigstens einmal in Polen waren, antworteten sogar 77 % mit Ja. Auf die Frage »Wären Sie dafür oder dagegen, wenn wir jetzt diplomatische Beziehungen mit Polen aufnähmen?« antworteten 59 % der Befragten mit »dafür«, 11 % »dagegen« und 30 % waren unentschieden. Interessant ist, dass über die Hälfte der Vertriebenen (57 %) bereit war, diplomatische Beziehungen mit Polen aufzunehmen. Dies war ein deutliches Signal an die Regierenden, die sich beim Thema Kontakte mit Polen nicht selten auf die Sensibilität der Gesellschaft beriefen. Ob Adenauer diese Daten kannte? Es ist bekannt, dass er alle Meinungsumfragen genau studierte. Vielleicht war die Erklärung des Kanzlers vom 17. Oktober 1959, man müsse für den von Hitler provozierten Krieg bezahlen, eine Folge dieser Studien. K. Kowalczyk, der mit dem bundesdeutschen Botschaftsrat Knocke über diese Äußerung

41 Notatka z rozmowy ambasadorem RFN w Moskwie, Krollem, Moskwa, 6 października 1959 r., A MSZ, Departament IV Niemcy, 10/109/14.

42 EBD.

43 Pressearchiv des Herder-Instituts in Marburg.

sprach, übermittelte die Meinung seines Gesprächspartners wie folgt: »Dies bedeutet das Verlassen der geschlossenen Schützengräben des Kalten Krieges und den ersten Schritt zu Zugeständnissen an Polen.«⁴⁴ Dieses Zugeständnis sollte – so Knocke – die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Gesellschaft der Bundesrepublik sein.

Adenauers Bereitschaft zu Gesprächen mit Polen zeigte sich noch einmal Ende 1960, als der Generalbevollmächtigte der Firma Krupp, Bertold Beitz, mit seinem Wissen nach Polen reiste. Anfang Januar 1961 war Beitz erneut in Polen zu Gast, um der polnischen Regierung konkrete Angebote zu machen. Als Beitz' Mission in der Bundesrepublik bekannt wurde, entstand jedoch beträchtlicher Aufruhr, nicht nur die Vertriebenen schlugen Alarm. Noch während sich Beitz in Polen aufhielt, gab ein Pressesprecher eine Erklärung ab, wonach Beitz nicht von der Bundesregierung bevollmächtigt sei, über die Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen zu sprechen. Diese Erklärung machte einen Erfolg der Mission bereits im Anfangsstadium zunichte.

Es vergingen weitere zwei Jahre, bis es zur Einrichtung von Handelsmissionen in Warschau und Köln kam. Wenige Monate später musste Kanzler Adenauer von seinem Amt zurücktreten.

Gegen Ende seiner Regierungszeit war sich Adenauer des Scheiterns seiner Polenpolitik bewusst. Sehr zutreffend sagte er am 10. März 1962 im Interview mit *Le Monde*: »Wenn es um Polen geht, so habe ich im Laufe der letzten Jahre in vielen Fällen versucht, eine gewisse Annäherung herbeizuführen; jedes Mal brachten diese Anstrengungen ein Fiasko, was – meiner Kenntnis nach – auch in vielen polnischen Kreisen als bedauernswert betrachtet wurde. Die polnische Nation erfreut sich in gewisser Hinsicht größerer Freiheit als andere Satellitenländer. Dennoch bestimmt Gomulka nicht die (polnische) Außenpolitik. Moskau hat Gomulka in der Hand und bestimmt die Außenpolitik.«⁴⁵ Der Kanzler blieb also bei seiner Meinung, dass die polnische Außenpolitik vollständig dem Kreml untergeordnet sei, was eine Regelung deutsch-polnischer Themen unmöglich mache. Diese Sichtweise war nicht geeignet, ein neues, konstruktives Programm hervorzubringen. Die Ergebnisse der Ostpolitik Adenauers waren minimal, selbst wenn man ihre innenpolitischen und internationalen Bedingungen berücksichtigt. Sie standen völlig im Schatten der großen Errungenschaften des Kanzlers in der westeuropäischen Politik. Treffend gibt dies eine satirische Zeichnung von 1961 wieder: Wir sehen ein prächtiges Ross, das die Westpolitik verbildlicht und verwundert

44 Notatka K. Kowalczyka z rozmowy z radcy ambasady RFN Knocke na przyjęciu w ambasadzie Iranu w dniu 26 października 1959, A MSZ, Departament IV Niemcy, 10/109/14.

45 Zit. nach: *Polityka niemieckiej Republiki Federalnej wobec Polski w latach 1958–1966*, Warszawa 1966, S. 37f.

zusieht, wie in die Box nebenan ein hölzernes Spielzeugpferd gebracht wird – das Symbol für Adenauers Ostpolitik.

Kann man Kanzler Adenauer angesichts dessen zum Schirmherren der heutigen deutsch-polnischen Beziehungen stilisieren? Sicher war er nicht der »Polenfresser« und Revanchist, als den man ihn in Polen darstellte. Er hatte ein positives Bild vom polnischen Volk und wünschte ihm, dass es seine Freiheit erlange; er wünschte, die Völker Europas mögen in Frieden leben. In seiner letzten Rede, in der er über die europäische Integration sprach, sagte er, dass diese ohne die Länder Osteuropas unvollständig bleibe. Sicherlich, und dies gilt es festzuhalten, dachte er dabei vor allem an Polen. Doch in der Politik erzielt man kaum Fortschritte, indem man auf dem Standpunkt »alles oder nichts« verharrt. In der Realität der fünfziger und sechziger Jahre war Freiheit für den Ostblock nur eine entfernte Vision, dessen war sich Adenauer bewusst. War es richtig, die drängende Frage der Beziehungen zu Polen aufzuschieben, bis sich dieser Traum erfüllen würde? Es war Adenauer nicht möglich, zu einem Ausgleich mit Polen und zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu kommen. Immerhin wurde noch im letzten Amtsjahr seiner Kanzlerschaft ein deutsch-polnisches Handelsabkommen abgeschlossen.

Dem alten Kanzler, der sich um die Entwicklung seines Landes ungewöhnlich verdient gemacht hat, gelang es nicht mehr, in den Beziehungen zum Osten ein solcher Pionier zu werden, wie er es mit seiner pro-westlichen Politik gewesen war.

Im Außenpolitischen Rennstall



»So steht doch die Box wenigstens nicht mehr ganz leer ...«

Aus: *Adenauer. Teegespräche 1959–1961*, bearb. v. Hans Jürgen Küsters (Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1988.